



Eine positive Antwort auf die Rechte

Wofür die SPD wieder stehen muss. Arbeitsergebnisse der Veranstaltung **LINKSWENDE reloaded** am 13.10.2026 in München mit Seija Knorr-Köning und Raoul Koether

Viele Menschen wollen der SPD verzeihen. Aber nur unter einer Bedingung: Sie muss wieder beginnen, sozialdemokratische Politik zu machen. Die Partei ist nicht endgültig abgeschrieben. Viele warten auf einen glaubwürdigen Grund, wieder an sie zu glauben. Dieses Verzeihen kann die SPD nicht einfordern. Sie muss es sich verdienen, durch eine Politik, die den Alltag der Mehrheit tatsächlich verbessert.

Dazu gehört zunächst, die politische Auseinandersetzung um Werte nicht der Rechten zu überlassen. Viele AfD-Wählende wählen die AfD nicht nur aus Protest, sondern weil sie sich mit ihren Werten identifizieren: mit Ordnung, nationaler Zugehörigkeit und der Rückkehr zu einer vermeintlich guten alten Zeit, zu einem „frisch ethnisch gesäuberten Deutschland der 1950er Jahre“. Das ist der Sehnsuchtsort, den die Rechte anbietet. Er ist nicht harmlos und nicht nostalgisch; er beruht auf Ausgrenzung und der Verdrängung dessen, wer in dieser Gesellschaft damals nicht dazugehören durfte.

Die SPD muss diesem vermeintlichen Sehnsuchtsort einen anderen Begriff von Sicherheit und Stabilität in der Lebenswirklichkeit entgegensetzen: Sicherheit ohne Ausschluss einzelner Menschen oder Personengruppen und eine Demokratie, die im Alltag tatsächlich etwas verändert. Unser stärkster und derzeit glaubwürdigster Wert ist die Verteidigung der demokratischen Ordnung und der Antifaschismus. Diese Verteidigung muss sich dort bewähren, wo Menschen über ihr eigenes Leben entscheiden: im Betrieb, beim Wohnen und in der Kommune. Beschäftigte müssen bei Zukunftsentscheidungen ihrer Unternehmen tatsächlich mitbestimmen, gerade wenn es um Standorte, Investitionen und die industrielle Transformation geht. Auch in der Kommune darf Beteiligung nicht bei Wahlen und formalen Beschlüssen enden; Bürger:innen müssen bei Entscheidungen über ihr unmittelbares Lebensumfeld Einfluss nehmen können. Wo Menschen gemeinsam Einfluss nehmen und Veränderungen durchsetzen, erleben sie politische Handlungsfähigkeit. So wird die freiheitliche demokratische Grundordnung konkret.

Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert muss deshalb eine soziale und demokratische Antwort auf die verbreitete Sehnsucht nach Sicherheit geben. Nach einer Wohnung, die man bezahlen kann, nach Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht, und nach einem Staat, der im All-

tag funktioniert. Freiheit heißt dann nicht, mit seinen Problemen allein gelassen zu werden. Solidarität ist keine Wohltätigkeit von oben, sondern die Grundlage gemeinsamer Handlungsfähigkeit. Das ist keine Rückkehr in die Vergangenheit, sondern eine Zukunftsperspektive.

Dazu gehört auch eine ehrliche Aufarbeitung der neoliberalen Politik der 1990er Jahre. Nicht als Ritual gegen einzelne Personen, sondern als Auseinandersetzung mit den Entscheidungen, die Arbeit unsicherer, Eigentum privater und soziale Risiken individueller gemacht haben. Zugespitzt könnte man von einer „Sühnekommission Neoliberalismus“ sprechen. Gemeint wäre eine parteiinterne Aufarbeitung, die benennt, was falsch war, wer darunter gelitten hat und welche Konsequenzen daraus für die Zukunft gezogen werden.

Vom Alltag zur Eigentumsfrage

Eine positive Antwort muss im Alltag beginnen. In der Diskussion wurde dafür eine klare Linie vorgeschlagen: vom konkreten Thema zu den systematischen Ursachen, von dort zur Kapitalismuskritik und zur Kritik an der Vermögensungleichheit. Das ist kein Umweg, sondern ein verständlicher Weg, politische Zusammenhänge zu erklären.

Wer über hohe Mieten spricht, sollte nicht bei der nächsten Mietpreisbremse stehen bleiben. Die Frage ist, warum Boden und Wohnraum zu Spekulationsobjekten geworden sind und warum Menschen für ein Grundbedürfnis immer höhere Renditen erwirtschaften müssen. Von dort führt der Weg zur Eigentumsfrage: Wem gehört die Stadt und wer entscheidet darüber, wie sie sich entwickelt? Erst dann wird verständlich, warum es um mehr geht als um eine einzelne Regulierung. Es geht um die Rückgewinnung von Gemeineigentum und um neue gemeinwirtschaftliche Strukturen.

Viele Wohnungsbestände, die heute privaten Konzernen gehören, wurden früher öffentlich oder gemeinnützig bewirtschaftet. Das Beispiel der Neuen Heimat oder ehemaliger Bahnwohnungen zeigt, dass hier nicht einfach eine naturgegebene Eigentumsordnung vorliegt. Gemeinschaftseigentum wurde privatisiert. Die politische Botschaft muss deshalb lauten: Wir wurden beraubt und wollen uns zurückholen, was uns gehört.

Damit ist nicht gemeint, dass jede Wohnung morgen verstaatlicht werden soll. Es geht um die demokratische Kontrolle dessen, was alle zum Leben brauchen. Das Wort „Vergesellschaftung“ kann abstrakt oder abschreckend wirken. Die dahinterliegende Frage ist aber einfach: Soll Wohnraum dem Gewinn weniger oder dem Nutzen aller dienen? Eine zukunftsorientierte sozialistische Politik muss diese Frage beantworten, ohne in einer nostalgischen Sprache stecken zu bleiben. Sie kennt die Geschichte, richtet den Blick aber nach vorn.

Dass dieser Ansatz politisch funktionieren kann, zeigen Beispiele aus anderen Städten. In Barcelona entstand aus Kämpfen gegen Zwangsräumungen und Gentrifizierung eine kommunale Politik, die soziale Wohnungsbestände ausbaute, private Wohnhäuser zurückkaufte und gegen Leerstand sowie illegale Ferienapartments vorging. In Neapel wurde der Schutz gemeinsamer Güter zum Maßstab für den Umgang mit Wasser, öffentlichen Diensten und städtischen Räumen. In New York wurden sozialistische Ideen über konkrete Versprechen vermittelt: bezahlbareres Wohnen, mehr öffentliche Verantwortung und Verbesserungen, die Menschen im Alltag sofort verstehen können. Diese Erfahrungen lassen sich nicht einfach kopieren. Sie zeigen aber, dass sozialistische Politik dort stark wird, wo sie vom wirklichen Leben ausgeht und daraus eine gemeinsame Vorstellung von Stadt entwickelt.

Die gleiche Linie lässt sich auf Arbeit, Energie und öffentliche Infrastruktur übertragen. Bei Arbeit geht es nicht nur um einzelne Befristungen, sondern um Sicherheit, Mitbestimmung und

die Verteilung der Wertschöpfung. Bei Energie geht es nicht nur um die nächste Rechnung, sondern auch um Eigentum, Abhängigkeiten und die Frage, wer an der Infrastruktur verdient. Bei einem Bus, einer Schule oder einem Amt geht es nicht nur um ein einzelnes Angebot, sondern darum, ob Menschen den Staat als verlässlich und handlungsfähig erfahren.

Zwei Aufgaben in der Koalition

Diese Bundesregierung ist durch. Machen wir uns nichts vor: Sie hat keine gemeinsame positive Perspektive mehr. Die politische Frage ist deshalb nicht, ob die SPD diese Regierung noch schönreden kann, sondern wie sie mit dem notwendigen Weiterarbeiten umgeht und zugleich die Grundlage für die Zeit danach legt. Eine sofortige Aufkündigung der Bundesregierung bietet derzeit keine überzeugende Lösung. Die Alternativen wären eine Tolerierung durch die AfD, bei der die CDU zum Spielball der Faschisten würde, oder Neuwahlen mit einem schwer absehbaren Ausgang. Die SPD muss deshalb möglicherweise weiter in dieser Koalition arbeiten. Sie darf aber nicht zulassen, dass dieses Weiterarbeiten zu ihrem politischen Zuhause wird.

Dafür braucht es kein taktisches Doppelspiel, sondern eine klare Arbeitsteilung zwischen Regierung, Fraktion und Partei. Die Regierungsmitglieder und die Bundestagsfraktion müssen mit dem Koalitionsvertrag und den parlamentarischen Mehrheiten umgehen. Sie müssen das Schlimmste verhindern, den Vertrag dort erfüllen, wo es notwendig ist, und Verschlechterungen für die Mehrheit abwehren. Das ist parlamentarische Verantwortung. Sie kann nicht so tun, als ließe sich der Koalitionsvertrag bei jeder Abstimmung neu schreiben.

Die Partei hat eine andere Aufgabe. Sie muss unabhängig von einzelnen Abstimmungen sagen, wofür die SPD steht, welche Reformen sie nach einem Regierungswechsel umsetzen will und warum diese Politik das Leben der Mehrheit verbessert. Ein Koalitionsvertrag ist kein neues Parteiprogramm. Die Partei muss Kritik aufnehmen, Alternativen formulieren und den nächsten Wahlsieg vorbereiten. Das Schlimmste zu verhindern, kann notwendig sein. Es darf aber nicht die einzige Erzählung der SPD bleiben.

Diese Trennung ist nicht nur eine Frage der Kommunikation, sondern der politischen Glaubwürdigkeit. Minister:innen können nicht zugleich Parteivorsitzende sein. In der einen Richtung wäre es unglaublich, in der anderen illoyal: Als Minister:innen müssten sie den Kompromiss der Regierung vertreten; als Parteivorsitzende müssten sie die Eigenständigkeit der Partei organisieren und auch der eigenen Regierung widersprechen können. Wer beides in einer Person verbindet, macht die Partei von der Regierung abhängig und nimmt der Fraktion zugleich den politischen Rückhalt, den sie für schwierige Entscheidungen braucht.

Rote Linien sollten deshalb nicht als nachträgliche Drohung formuliert werden, die jede Einigung unmöglich macht. Sie sollten als öffentliche Maßstäbe vor den anstehenden Entscheidungen dienen. Werden Beschäftigte, Rentner:innen, Familien, Mieter:innen oder Menschen mit geringen Einkommen zusätzlich belastet? Werden Schutzrechte geschwächt, Sozialleistungen gekürzt oder öffentliche Güter weiter privatisiert? Werden die Kräfteverhältnisse zugunsten der Vermögenden verschoben? Wo eine Reform diese Fragen klar zulasten der Mehrheit beantwortet, muss die SPD widersprechen und zugleich sagen, was sie an ihrer Stelle will.

Die Kommune muss wieder etwas möglich machen

Die Kommune ist der Ort, an dem Menschen politische Wirksamkeit unmittelbar erleben. Hier zeigt sich, ob der Bus fährt, ob die Kita einen Platz hat, ob ein Amt erreichbar ist und ob die ei-

gene Wohnung bezahlbar bleibt. Wenn der Staat im unmittelbaren Lebensumfeld nicht funktioniert, schwindet nicht nur die Zufriedenheit mit einer Verwaltung. Es erodiert das Vertrauen in Staat und Demokratie.

Darum ist eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen keine technische Frage für Haushaltsausschüsse, sondern eine demokratische Voraussetzung. Die aktuelle Datenlage macht die Krise deutlich, erlaubt aber keine seriöse bundesweite Zahl zu der engeren Frage, wie viele größere Städte keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr haben. Der Deutsche Städtetag befragte 2025 einhundert Großstädte. 37 Prozent konnten keinen echten ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen; weitere 47 Prozent schafften den Ausgleich nur durch den Rückgriff auf Rücklagen. Ein ausgeglichener Haushalt ist rechtlich nicht dasselbe wie ein genehmigungsfähiger Haushalt. Die Zahlen zeigen aber, wie groß die Handlungsnot inzwischen ist. Selbst eine Stadt wie Heidelberg, die lange als finanziell solide galt, bekam nach Angaben des Deutschen Städtetages keinen genehmigten Haushalt und musste über Einschnitte beim öffentlichen Nahverkehr nachdenken.

Die Folgen erleben Menschen nicht in einer abstrakten Finanzstatistik. Sie sehen geschlossene Einrichtungen, weniger Busse, ausgedünnte Angebote, lange Wartezeiten und einen öffentlichen Raum, in dem immer weniger möglich ist. Wenn Kommunen nur noch Mangel verwalten, kann die SPD nicht glaubwürdig von einem handlungsfähigen Staat sprechen. Bund und Länder müssen Aufgaben, die sie den Kommunen übertragen, vollständig und dauerhaft finanzieren. Es braucht eine Neuordnung der Finanzbeziehungen, mehr eigene Einnahmen und Investitionsmöglichkeiten sowie eine Lösung für die Altschulden. Wer bestellt, muss bezahlen.

Kommunalpolitik darf zugleich nicht als Verwaltung kleiner Einzelthemen missverstanden werden. Ein Antrag zu Boden, Wohnen, Verkehr oder öffentlicher Infrastruktur kann eine grundsätzliche Frage sichtbar machen: Wem gehört die Stadt und wer soll über ihre Entwicklung entscheiden? Aus den Forderungen des DL21-Papiers müssen deshalb konkrete Vorhaben entstehen, etwa kommunaler Wohnungsbau, aktive Bodenpolitik, Erbpacht, die Stärkung öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Wohnungsunternehmen sowie faire Bedingungen bei öffentlichen Aufträgen.

Sozialistische Politik darf dabei nicht nur Schutzrechte verteidigen. Sie muss Selbstermächtigung ermöglichen. Mieterstreiks, betriebliche Aktionen und Flächenbündnisse zeigen, dass Menschen gemeinsam Druck aufbauen und ihre Interessen selbst vertreten können. Die SPD sollte solche Bewegungen nicht nur beobachten oder zu Veranstaltungen einladen. Sie sollte mit ihnen arbeiten, ihre Erfahrungen aufnehmen und politische Räume schaffen, in denen aus Betroffenen handelnde Bürger:innen werden.

Die eigene politische Umgebung erweitern

Eine positive Antwort entsteht nicht allein durch bessere Papiere. Die SPD muss ihre eigene politische Umgebung erweitern. Dafür braucht es persönliche Stammtische, Freundeskreise, Nachbarschaften, Vereine und Kolleg:innenkreise, in denen Menschen ohnehin zusammenkommen und auch ein Leben außerhalb der Politik haben. Es geht nicht darum, überall neue Formate mit vorrangigem Politikbezug zu schaffen. Es geht darum, Politik aus konkreten Erfahrungen heraus zur Sprache zu bringen und Menschen anzusprechen, die nicht bereits zur eigenen Blase gehören.

Von der Miete kann man über die Bodenfrage zur Eigentumsfrage kommen. Von der kaputten Buslinie über die Finanznot zur Frage, wer den Staat ausstattet und wer über öffentliche Inves-

titionen entscheidet. So wird aus einem konkreten Ärger eine gemeinsame politische Erklärung. Die Kernbotschaft muss als Küchenzuruf funktionieren: kurz, verständlich und so klar, dass sie auch aus dem Wohnzimmer in die Küche gerufen werden kann.

Diese Arbeit beginnt jetzt auch mit Blick auf den nächsten Wahlkampf gegen die AfD. Wahlkampf darf nicht erst wenige Monate vor dem Wahltermin anfangen. Er entsteht aus kontinuierlicher politischer Arbeit, aus persönlichen Beziehungen, aus Kandidat:innenaufbau und aus Bündnissen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mieter:inneninitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Die klassische Arbeit im Ortsverein, in Arbeitsgemeinschaften und im Wahlkampf ist keine bloße Deppenarbeit. Sie schafft Vertrauen in die eigene Person und in die Organisation. Problematisch ist sowohl der direkte Weg vom Hörsaal in den Plenarsaal als auch die Figur der Elfmonatskandidat:innen: charismatische Narzisst:innen, die etwa ein Jahr vor der Wahl auftauchen, auf gute Listenplätze gehievt werden und dann im Parlament versagen. Wer kandidiert, muss nicht jede Sitzung eines Ortsvereins besucht haben. Aber wer politische Verantwortung übernehmen will, sollte erfahren haben, wie gemeinsame politische Arbeit funktioniert und wie Vertrauen über längere Zeit entsteht.

Die SPD sollte dabei nicht vorschnell alle pragmatischeren oder konservativeren Parteimitglieder abschreiben. Auch in Seeheimer- und Netzwerkzusammenhängen gibt es Menschen, die soziale Gerechtigkeit, Solidarität und starke öffentliche Einrichtungen wollen. Sie lassen sich über konkrete Inhalte gewinnen, nicht über Flügelbeschimpfungen. Ein Kurswechsel wird nicht dadurch erreicht, dass die eigene Organisation kleiner und reiner wird, sondern dadurch, dass Mehrheiten für bessere Politik entstehen.

Was daraus folgt

Die SPD muss verständlicher sprechen, ohne ihre Haltung zu verwässern. Begriffe wie „Klassenstandpunkt“ oder „Klassengesellschaft“ beschreiben reale Gegensätze. Außerhalb linker oder demokratisch-sozialistischer Milieus lösen sie aber oft Abwehr aus, bevor die eigentliche Aussage ankommt. Die Inhalte müssen bleiben. Vermittelt werden sollten sie über gemeinsame Erfahrungen und ein gemeinsames „Wir“, wie in der Formel „We New Yorkers“: nicht als Abkehr von einer klassenpolitischen Haltung, sondern als verständlichere Art, sie zu erklären.

Die Aufgabe ist anspruchsvoll. Die SPD muss in der Koalition verhindern, was sie verhindern kann, ohne ihre eigenen Ziele aufzugeben. Sie muss Gemeineigentum zurückholen, Kommunen handlungsfähig machen und Menschen nicht nur schützen, sondern organisieren. Sie muss der AfD im nächsten Wahlkampf eine eigene Vorstellung von Sicherheit und Zugehörigkeit entgegensetzen. Und sie muss sich ihrer eigenen Vergangenheit stellen, damit die Sehnsucht, ihr zu verzeihen, nicht enttäuscht wird.

Eine Linkswende heute heißt deshalb nicht, alte Antworten zu wiederholen. Sie heißt, eine neue politische Zukunft zu entwerfen, die im Alltag beginnt, die Eigentums- und Machtfragen nicht scheut und die Menschen wieder zu gemeinsamem Handeln befähigt.

Im aktuellen Wähler:innenpotenzial von 36,5 Prozent steckt eine reale politische Chance. Das ist keine Wahlabsicht und kein Blankoscheck. Aber es zeigt: Die Menschen wollen der SPD verzeihen, wenn sie wieder sozialdemokratische Politik macht. Das Wähler:innenpotenzial ist damit kein Versprechen, sondern ein Vorbehalt: Die SPD ist noch nicht abgeschrieben, aber sie ist auch noch nicht wieder angenommen.

Abwehrkampf

”

Die SPD braucht in der Koalition mit der Union eine Rote Linie: Reformen, die den Klassenkampf von oben vorantreiben, die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern, den Druck auf sie erhöhen und die Kräfteverhältnisse zu ihren Lasten verschieben, dürfen keine Mehrheit finden. Jedes Reformvorhaben muss darauf geprüft werden: Werden Beschäftigte, Rentner:innen, Familien, Mieter:innen oder Menschen mit geringen Einkommen zusätzlich belastet? Werden Schutzrechte geschwächt, Sozialleistungen gekürzt oder öffentliches Eigentum angegriffen? Reformen und Projekte, bei denen das der Fall ist, darf die SPD nicht mittragen.

— DL21, „Eine strategische Perspektive für die Sozialdemokratie“, 2026

DEBATTENAUFTRAG

Wie wollen wir die roten Linien konstruktiv formulieren und adressieren?

Aus der Defensive kommen

”

Die SPD muss sich also offensiv für Reformen im Sinne der Menschen aussprechen, die ihre Lebensbedingungen spürbar verbessern, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zum Besseren verschieben. Dazu gehören Vermögenssteuern und eine **gerechtere Erbschaftsteuer**, um die extremen Vermögen stärker zu besteuern und die krasse Vermögensungleichheit zu senken, **Übergewinnsteuern, eine Senkung der Mehrwertsteuer und Preis-Obergrenzen** für Inflationstreiber wie Spirit, Strom, Energie und Lebensmittel, Reformen für eine **Versicherung für alle** bei Rente, Pflege und Gesundheit, Reformen für **mehr Tarifbindung und einen höheren Mindestlohn**, eine Reform der Mitbestimmung und mehr **Demokratie in der Arbeitswelt**, ein Recht auf Arbeit und Weiterbildung, planvolle Investitionen und eine **Transformationsstrategie für die Wirtschaft, Mietendeckel und Vergesellschaftungen**, um die explodierenden Mieten einzugrenzen.

— DL21, „Eine strategische Perspektive für die Sozialdemokratie“, 2026

DEBATTENAUFRAG

An welche bestehenden Bewegungen können wir anknüpfen?

Was können wir für Ort tun, damit die Sozialdemokratie als Treiber dieser politischen Ideen in Erscheinung tritt?

Wie können wir diese Gerechtigkeitsfragen in unsere kommunalpolitische und regionale Arbeit übersetzen?

Kurswechsel

”

In den nächsten Wochen und Monaten wird sich die Krise der SPD voraussichtlich verschärfen.

Sie wird in der Koalition vereinbarte Beschlüsse mit der Union im Bundestag umsetzen müssen, die weitere Proteste nach sich ziehen werden: weiter steigende Rüstungsausgaben, Einsparungen im Haushalt, Sozialabbau und neue Angriffe auf Beschäftigtenrechte. Die Mobilisierung gegen diese Vorhaben in Gewerkschaften und Sozialverbänden wird zunehmen, wodurch die Entfremdung von Gewerkschaften und Sozialverbänden weiter vorangetrieben wird. Auch innerhalb der SPD werden die Fliehkräfte zunehmen, weil die Empörung und Frustration weiter Teile der Mitgliedschaft wächst. Auf diese Situation in den nächsten Wochen und Monaten müssen wir uns vorbereiten, brauchen zugleich aber eine darüber hinausweisende Perspektive.

— DL21, „Eine strategische Perspektive für die Sozialdemokratie“, 2026

DEBATTENAUFTRAG

Wie können wir in dieser Gemengelage eine Position einnehmen, die die Reformen aus einem klaren Klassenstandpunkt heraus bewertet und Kurskorrekturen einfordert?

Wie wollen wir uns in unserem politischen Vorfeld positionieren?